

Korruptionsaffäre in Brasilien: Veruntreuung, Stimmenkauf, schwarze Kassen und illegale Wahlkampffinanzierung in der Regierungspartei setzen Präsident Lula unter Druck

Cholet, Jérôme

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Cholet, J. (2005). *Korruptionsaffäre in Brasilien: Veruntreuung, Stimmenkauf, schwarze Kassen und illegale Wahlkampffinanzierung in der Regierungspartei setzen Präsident Lula unter Druck*. (Brennpunkt Lateinamerika, 16). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444565>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 16

31. August 2005

ISSN 1437-6148

Korruptionsaffäre in Brasilien

**Veruntreuung, Stimmenkauf, schwarze Kassen und illegale Wahlkampf-
finanzierung in der Regierungspartei setzen Präsident Lula unter Druck**

Jérôme Cholet

Schwere Korruptionsvorwürfe erschüttern seit über 100 Tagen die Regierung des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und seine Arbeiterpartei. Die Enthüllungen des Abgeordneten Roberto Jefferson der Regierungskoalition haben eine Lawine von Ermittlungen losgetreten, die auf ein umfassendes Netzwerk der Bestechung und Veruntreuung in öffentlichen Unternehmen, des Stimmenkaufs von Abgeordneten sowie schwarzer Kassen, ausländischer Briefkastenfirmen, Steuerhinterziehung und illegaler Wahlkampffinanzierung gestoßen sind. Führende Politiker der Arbeiterpartei sind bereits zurückgetreten, dem Präsidenten droht ein Amtsenthebungsverfahren. Die Aufklärung der Skandale durch die Arbeiterpartei und zwei eiligst einberufene parlamentarische Untersuchungskommissionen ähneln einer Farce. Nach langem Zögern hat Präsident Lula das Vertrauen der Bevölkerung in seine Regierung verloren. Er scheint kraft- und orientierungslos, seine Partei ist verschuldet und zersplittert, seine Regierungskoalition hält keine Mehrheit mehr im Parlament, wichtige Reformprojekte sind blockiert und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Neben der Demokratie drohen auch der Wirtschaft Brasiliens negative Konsequenzen.

Korruptionsskandal der Superlative

Fast täglich kommen neue Fakten über einen Korruptionsskandal ans Tageslicht, den die brasilianischen Medien bereits als den umfassendsten in der Geschichte Brasiliens bezeichnen. Derzeit klären Polizei, Staatsanwaltschaft und zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse Vorwürfe der Veruntreuung in öffentlichen Unternehmen, der Bestechung von Abgeordneten, den Umfang schwarzer Parteikassen, illegaler Auslandskonten und unrechtmäßiger Wahlkampffinanzierung in der Regierungspartei *Partido dos Trabalhadores* (PT), die erst 2003 mit dem Kandidaten Luiz Inácio

Lula da Silva an die Macht gekommen war. Korruptionsaffären hatten bereits im Jahr 1992 Präsident Fernando Collor de Mello gezwungen, sein Amt niederzulegen. Nun wird das größte Land Südamerikas von einem neuen Ermittlungshurrikan heimgesucht, der auch Präsident Lula das Amt kosten könnte. Die Opposition droht bereits mit einem Amtsenthebungsverfahren. Regierung und Regierungspartei sind gelähmt, die einstige Massenpartei PT hat das Vertrauen der Bevölkerung verloren und ist tief gespalten.

Im Zentrum der Krise steht ein Netzwerk führender Politiker aus der Arbeiterpartei (PT) sowie staatlicher und privater Unternehmen, die mehre-

re Millionen Dollar verschoben haben sollen. Parlamentarische Untersuchungskommissionen, Oppositionsparteien und Medien stoßen bei den umfassenden Ermittlungen auf immer neue Korruptionsvorfälle. Dabei ist das Ausmaß derjenigen Affären, die miteinander in Zusammenhang stehen ebenso erschütternd wie die Einzelfälle, die derzeit durch Ermittlungsräusch und Medieninteresse ans Tageslicht kommen. Zuletzt wurde Finanzminister Antonio Palocci Korruption vorgeworfen, so dass erstmals auch die Wirtschaft ins Wanken geriet. Das Ansehen der politischen Parteien ist angeschlagen. Die Abgeordneten des Regierungsbündnisses, allen voran der Arbeiterpartei (PT) haben durch Bestechlichkeit, aber auch List, Lüge und Verneinung des Offensichtlichen an Ansehen verloren. Durch die schleppende Aufarbeitung der Korruptionsvorfälle in verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und die Endlosigkeit immer neuer Berichte leidet das Ansehen des Parlamentes und damit der Demokratie in der Öffentlichkeit. Die komplizierten und ineffektiven Sitzungen der Untersuchungsausschüsse, die jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag zusammenkommen und gleich von mehreren Fernsehprogrammen übertragen werden, wirken inszeniert. Moralpredigten stehen geringen Konsequenzen gegenüber. Die Bevölkerung vermisst Strafen und schaut dem Spektakel resigniert zu. Dabei erstaunt neben der beträchtlichen Höhe der Bestechungssummen auch die Kaltschnäuzigkeit vieler Politiker. Korruption ist in Brasilien zwar schon immer weit verbreitet gewesen. Auf dem neuesten *Corruption Perceptions Index* von *Transparency International* belegt das Land mit 3,9 Punkten einen mittleren Rang, im letzten *Global Corruption Barometer* schneidet es von allen Ländern weltweit mit am schlechtesten ab – dabei stehen die politischen Parteien im Zentrum der Korruption. Das jetzige Ausmaß und die Tatsache, dass ausgerechnet die als Alternative zu den herkömmlichen politischen Parteien gefeierte Arbeiterpartei (PT) im Zentrum des Korruptionsskandals steht, haben in Brasilien tiefste Enttäuschung hervorgerufen. Mit der Regierungsübernahme der PT waren große Hoffnungen verbunden. Eine bisher magere Bilanz und die endlos scheinenden, lähmenden Korruptionsskandale vermischen sich nun zu bitterer Niedergeschlagenheit.

Ursprung der Krise

Die aktuelle Krise des Landes geht auf einen Bericht der Wochenzeitschrift *Veja* vom 14. Mai 2005 zurück. Darin deckt das Blatt ein Korruptionsnetzwerk im staatlichen Postunternehmen *Em-*

presa Brasileira de Correios e Telégrafos (ECT) auf. Die *Veja* war an ein heimlich gefilmtes Video gelangt, das die Bestechung des leitenden Postangestellten Mauricio Marinho mit 1.000 € zeigt. Marinho, im Beschaffungswesen des Unternehmens tätig, berichtet darin, wie er und andere Direktionsmitglieder vom Vorsitzenden des *Partido Trabalhista Brasileiro* (PTB), Roberto Jefferson, in ihre Position empfohlen worden wären, in seinem Namen Schmiergeld entgegennehmen würden und dieses regelmäßig in die Parteikasse fließe. Zuliefererunternehmen zahlten regelmäßig Bestechungsgelder, um bei der Ausstattung der Post mit neuen Computerprogrammen an Aufträge zu gelangen. Das Geld werde dann an den Vorsitzenden des PTB weitergeleitet.

Die explizite Nennung Roberto Jeffersons generierte einen großen Skandal, der auch durch dessen Leugnung jeglichen Kontaktes zu dem Angestellten Marinho nicht mehr eingedämmt werden konnte. Jefferson war vorbelastet, weil er vor 13 Jahren den wegen Korruption angeklagten Präsidenten Fernando Collor de Mello unterstützt hatte und das Amtsenthebungsverfahren gegen ihn bis zum Ende verhindern wollte. Jefferson wurde trotz dieses Vorfalls vor zwei Jahren in die neue Regierungskoalition des Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva aufgenommen, als Gegenleistung wurden seiner Partei PTB Leitungspositionen in staatlichen Unternehmen übergeben, die nun zum Ausgangspunkt einer neuen Korruptionskrise wurden, die sofort auf die Regierungspartei zurückwirkte.

Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission

Die Opposition im brasilianischen Abgeordnetenhaus forderte sogleich die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (*Comissão Parlamentar de Inquérito*, CPI). Dabei legte sie den Fokus direkt auf die Arbeiterpartei des Präsidenten. In einer offiziellen Stellungnahme erklärte die größte Oppositionspartei *Partido Social Democrata Brasileira* (PSDB) des ehemaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso, dass sie es ablehne, „einzig auf die PTB zu schauen, als ob es sich um einen Einzelfall handle, während es hier um einen groß angelegten Korruptionsvorfall gehe, in den zahlreiche Sektoren der Regierung verstrickt seien“.

Im Namen der Regierung wandte sich der Kabinettschef des Präsidenten, José Dirceu, unverzüglich gegen derartige Anschuldigungen und lehnte eine parlamentarische Untersuchungskommission ab. Er mahnte die Parteien der für

Brasilien charakteristischen großen Regierungskoalition zur Einigkeit. Zuletzt bestand sie aus zehn von 19 im Parlament vertretenen Parteien. Lula selber äußerte sich nur beiläufig zu dem Skandal, indem er ironisch auf die „Ehrlichkeit seiner Augen“ verwies. Auch als der Druck der Medien und der Öffentlichkeit stark zunahm, hielt die Parteiführung der Arbeiterpartei an der Blockade einer Untersuchungskommission fest. Die eigenen Abgeordneten wurden mit Projektmitteln geködert. Abweichlern wurde mit dem Entzug der Unterstützung oder neuer Mittel für Gesetzesvorhaben sowie der Entlassung von Mitarbeitern, die sie für Bundesposten aufgestellt hatten, gedroht. Als innerhalb weniger Tage dennoch auch PT-Abgeordnete aus dem linken Flügel den Oppositionsantrag auf Einrichtung einer Untersuchungskommission unterzeichneten, kam es zum parteiinternen Streit. Die Parteiführung, allen voran José Dirceu, forderte die sofortige Zurücknahme der Unterschriften. „Wer Oppositionspolitik betreiben wolle, solle dies außerhalb der Partei tun“, so der Kabinettschef auf einer Konferenz in São Paulo.

Am 21. Mai weiteten sich die Korruptionswürfe gegen Roberto Jefferson weiter aus. In einer anderen Angelegenheit, aber nach ähnlichem Schema, soll er Geld in Höhe von umgerechnet 130.000 € von einem Vertrauten in der Direktion des staatlichen Rückversicherungsunternehmens *Instituto de Resseguros do Brasil* (IRB) für die Bereitstellung leitender Posten gefordert haben.

Am 25. Mai beschließt der Kongress schließlich die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission „Post“. Damit war die Blockadepolitik der Regierung zwar gescheitert, ihr hektischer Versuch allerdings glückte, im letzten Moment noch Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Kommission zu nehmen und hohe Posten – wie den des Vorsitzenden und den des Berichterstatters – für sich oder Parteien aus der Regierungskoalition zu beanspruchen, um den Ablauf der Kommissionsarbeit beeinflussen zu können. Insgesamt hatten 234 Abgeordnete und 22 Senatoren den Antrag auf Einrichtung der Untersuchungskommission unterschrieben.

Im Parlament kam es zu einem heftigen Schlagabtausch in den Reihen der Arbeiterpartei. Senator Eduardo Suplicy aus São Paulo kritisierte in einer emotionalen Rede die eigene Parteiführung und Regierung. Vor der neugierigen Öffentlichkeit betonte er seine Pflicht, eine bedingungslose Untersuchung der Vorfälle zu unterstützen, und prangerte gleichzeitig die Unehrllichkeit seiner eigenen Partei an, die ihm gedroht hätte, ihn nicht

mehr bei den Wahlen in São Paulo aufzustellen. Der Fraktionsführer der Arbeiterpartei, Arlindo Chinaglia, reagierte mit den Worten: „Das war ein einschneidender Vorgang aus dem Blickwinkel einer Partei. Ich bin der Führer und ich akzeptiere das nicht“, und kündigte am Folgetag an, der Parteidirektion eine Liste mit Abweichlern vorzulegen, um diese zu bestrafen. Auch Lula äußerte sich ein weiteres Mal ablehnend, er kritisierte die Einrichtung einer „CPI Post“ und bezeichnete sie als politischen Affront und Teil des Wahlkampfes der Opposition.

Der eigentliche Skandal

Die Blockade einer parlamentarischen Untersuchungskommission durch die PT-Führung wurde von den Medien heftig kritisiert. Eine Erklärung fanden sie schließlich, als der Hauptbeschuldigte Roberto Jefferson am 28. Mai in der Zeitschrift *Veja* drohte, drei PT-Führer in die Bredouille zu bringen, sollte er auf die CPI-Anklagebank müssen. Jefferson nannte dabei den Kabinettschef José Dirceu, den Schatzmeister Delúbio Soares und den Generalsekretär Silvio Pereira. In mehreren Etappen begann Jefferson schließlich vor dem Ethikausschuss des Parlamentes, der parlamentarischen Untersuchungskommission „Post“ und ausgewählten Medien ein noch komplexeres Korruptionssystem zu offenbaren, als es der Vorfall in der *Empresa Brasileira de Correios e Telégrafos* (ECT) vermuten ließ.

In der Ausgabe der brasilianischen Tageszeitung *Folha de São Paulo* vom 6. Juni stellte er die Behauptung auf, der PT-Schatzmeister Delúbio Soares zahle seit Amtsantritt von Lula monatlich umgerechnet 10.000 € an Abgeordnete der Koalitionsparteien *Partido Liberal* (PL) und *Partido Progressista* (PP). Der PL wird von Vizepräsident José Alencar, der PP von dem jetzigen Parlamentspräsidenten José Severino Cavalcanti geführt. Die Wahl des konservativen Severino im Frühjahr bedeutete einen schweren Schlag für Lula, er hatte sich gegen den offiziellen Kandidaten der Regierung Luís Eduardo Greenhalgh wegen interner Streitigkeiten durchgesetzt. Die neuen Enthüllungen allerdings lösten eine tiefe Krise der Arbeiterpartei (PT) aus. Jefferson habe den Präsidenten im März persönlich vor Abgeordnetenbestechungen gewarnt, woraufhin diese eingestellt wurden. Deshalb konnte der PT seine Mehrheit im Parlament nur noch schwer aufrechterhalten, so Jefferson, der damit vom Hauptangeklagten der Affäre „Post“ zum Kronzeugen der Affäre „Monatslohn“ wurde, eine Lawine von Enthüllungen in Gang setzte und die

Einberufung einer weiteren parlamentarischen Untersuchungskommission auslöste.

Am 12. Juni veröffentlichte Roberto Jefferson weitere Details. Die Bestechungsgelder des „Monatslohns“ stammten aus privaten und staatlichen Unternehmen und würden über ein professionell geknüpftes Netz von Parteimitgliedern des PT und Geldwäschern, über Konten bei Staatsbanken und in Finanzparadiesen verteilt. Die Verhandlungen darüber würden von PT-Generalsekretär Silvio Pereira in einem Nebenzimmer des Kabinettschefs José Dirceu geführt. Roberto Jefferson belastete vor allem Dirceu schwer, während er den Präsidenten von jeder Schuld freisprach. Lulas Integrität sah er einzig durch Mitglieder seiner Partei gefährdet, die Hinweise auf das Korruptionsnetzwerk unterschlagen würden.

Am 14. Juni sagte Jefferson vor dem Ethikrat des Abgeordnetenhauses aus, dass José Dirceu auch Drahtzieher des Bestechungssystems sei, das ihm im Jahr 2002 umgerechnet 1,3 Mio. € für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hatte. Als weitere Empfänger von Schmiergeldzahlungen nannte Jefferson die Abgeordneten José Mohamed Janeane, Pedro Corrêa und Pedro Henry vom *Partido Progressista*, sowie Valdemar Costa Neto, Sandro Mabel und Carlos Alberto Rodrigues – aufgrund seiner Tätigkeit für die protestantische Sekte *Igreja Universal* auch Bischof Rodrigues – vom *Partido Liberal*. Zwei Tage später tritt José Dirceu schließlich von seinem Posten als Kabinettschef zurück; er betonte dabei seine Unschuld und rechtfertigte den Schritt damit, sich ganz auf seine Verteidigung konzentrieren zu wollen.

Der Mittelsmann Marcos Valério

Mit den Aussagen Roberto Jeffersons geriet auch der Publizist Marcos Valério ins Blickfeld der Ermittler. Der millionenschwere Inhaber mehrerer Kommunikations- und Werbefirmen soll für den Transfer des Geldes an die Abgeordneten gesorgt haben. Ihm gehören die beiden Werbefirmen SMP&B Comunicação und DNA Propaganda, die mindestens fünf öffentliche Konten verwalteten. Valério wird vorgeworfen, Bestechungsgelder eingesammelt, auf Konten seiner Firmen eingezahlt und schließlich in die Hauptstadt Brasília gebracht zu haben, um es an die Führer der kleineren Koalitionsparteien weiterzuleiten. Fernanda Karina Somaggio, eine ehemalige Angestellte Marcos Valérios, bestätigte im Fernsehen, Geldkoffer gesehen zu haben. Dokumente des *Conselho de Controle de Atividades Financeiras* (Coaf), einer im Finanzministerium angesiedelten Institution für die Kontrolle von

Finanzaktivitäten, belegten den Zusammenhang zwischen Abhebungen von Konten Valérios und Gegenleistungen im Kongress. In einer Aufstellung für die parlamentarische Untersuchungskommission „Post“ nannte Valério weitere Empfänger, unter anderem Mitarbeiter aus dem Kreis des ehemaligen Verkehrsministers Anderson Adauto (PL), aus dem Umfeld des ehemaligen Präsidenten der Abgeordnetenkammer João Paulo Cunha (PT), des Weiteren den Abgeordneten Josias Gomes (PT) und den ehemaligen PL-Schatzmeister Jacinto Lamas. Am 20. Juli wurde eine weitere parlamentarische Untersuchungskommission einberufen mit dem offiziellen Namen „Stimmenkauf“, allgemein aber als Untersuchungskommission „Monatslohn“ bezeichnet. Auch in dieser konnte die Arbeiterpartei die Führungspositionen mit ihr nahestehenden Abgeordneten besetzen.

Obwohl die beiden Untersuchungskommissionen teilweise zusammenarbeiten, fokussiert die parlamentarische Untersuchungskommission „Post“ („CPI dos Correios“) ihre Arbeit auf Korruption und Veruntreuung in öffentlichen Unternehmen und hat zum Ziel, den Modus der Verwendung der veruntreuten Mittel in den Parteien aufzuklären. Währenddessen untersucht die parlamentarische Untersuchungskommission „Monatslohn“ („CPI do Mensalão“) die Monatszahlungen an Abgeordnete und die Abstimmungsmanipulation. Beide haben die seit März 2004 einberufene „CPI dos Bingos“, die illegale Wahlkampfspenden aus Glücksspielen an die Arbeiterpartei (PT) untersucht soll, zwar nicht vergessen lassen, jedoch in den Schatten gestellt.

Marcos Valério soll über den Geldtransfer hinaus der Arbeiterpartei (PT) zahlreiche Darlehen für die Rückzahlung von im Wahlkampf entstandenen Schulden gewährt oder vermittelt haben. Der Publizist bestätigte, unter anderem von der staatlichen Stromfirma *Furnas Centrais Elétricas* eine Million Euro erhalten und an die Bundeszentrale der Arbeiterpartei, die Parteizentrale im Bundesstaat Minas Gerais, die Direktoren der Firma und einige Abgeordnete weitergeleitet zu haben.

Bei einer weiteren Enthüllung wird auch die Oppositionspartei PSDB mit in den Korruptionssumpf gezogen: Im Jahr 1998 hatte Valério dem Gouverneur von Minas Gerais, Eduardo Azeredo, ein Darlehen in Höhe von schätzungsweise umgerechnet 4 Mio. € zur Finanzierung seiner Wiederwahl gewährt. Die Parteizugehörigkeit spielte also für den Geschäftsmann keine entscheidende Rolle.

Rücktritte

Erste Konsequenz der Enthüllungen Valérios war der Rücktritt des PT-Schatzmeisters Delúbio Soares. Er bestätigte die Aussagen des Unternehmers und übernahm die Verantwortung für die Schaffung einer schwarzen, so genannten „zweiten Kasse“ bei der Arbeiterpartei. Gleichzeitig erhärteten Aussagen Valérios und seiner Frau die Vorwürfe Roberto Jeffersons gegen José Dirceu. Schließlich gab auch der PT-Vorsitzende José Genoíno sein Amt auf, als ein Mitarbeiter seines Bruders, José Nobre Guimarães (PT), am Flughafen von São Paulo mit einem Koffer mit umgerechnet 60.000 € und einer Unterhose gefüllt mit 100.000 US\$ festgenommen wird. Dies war jedoch einzig der Auslöser – Genoíno wird vor allem vorgeworfen, Valério um die Vermittlung von illegalen Krediten gebeten zu haben.

Am 1. August berichtet die Finanzdirektorin der Firma SMP&B, Simone Vasconcelos, dass die Darlehen Valérios mehr als 15 Mio. € umfassen und der Großteil von 5 Mio. € an Zilmar Fernandes, Partnerin des Publizisten Duda Mendonça, gegangen sei, der die Wahlkampagne der Arbeiterpartei (PT) für den Präsidentschaftswahlkampf 2002 geleitet hatte.

Duda Mendonça

Neben dem Politiker Roberto Jefferson und dem Unternehmer Marcos Valério nimmt schließlich der Publizist Duda Mendonça am 11. August auf der Anklagebank der Untersuchungskommission „Post“ Platz. Lulas einstiger Werbeberater und Wahlkampfmanager, der im Jahr 2002 als Präsidentenmacher gefeiert wurde, erklärte unter Tränen, die Arbeiterpartei habe ihm umgerechnet 3,3 Mio. € als Honorar auf die Bahamas überwiesen. Valério hatte ihn gebeten, ein Konto in einem Finanzparadies zu eröffnen. Zudem sei ein Teil der Gelder, die er für die Ausrichtung der Wahlkämpfe der Arbeiterpartei erhielt, über Finanzparadiese geschleust worden. Mendonça habe im PT-Auftrag im Jahr 2003 umgerechnet 5,4 Mio. € am Finanzamt vorbeigeschleust und die Gelder weder den Steuerbehörden noch der Wahlkommission gemeldet. Lula habe davon jedoch nichts gewusst, so Mendonça. Die Zeitschrift *Veja* enthüllt unterdessen, dass die Arbeiterpartei bereits seit dem Jahr 1989 Konten in einschlägigen Steuerparadiesen unterhielt.

Vom Wahlkampfmanager zur Heulsuse

Valdemar da Costa Neto, Vorsitzender des *Partido Liberal* (PL), war ebenso wie Marcos Valério

durch die Aussagen Roberto Jeffersons in den Blickpunkt der Korruptionsermittler geraten. Er warf der Arbeiterpartei vor, im Jahr 2002 für die Bildung einer Regierungskoalition umgerechnet 3,4 Mio. € gezahlt zu haben und berichtete, dass ein Teil davon in mehreren Koffern übergeben worden sei. Pikant wurden seine Aussagen, als er behauptete, die Verhandlungen mit seinem späteren Stellvertreter, dem Unternehmer und PL-Ehrenvorsitzenden José Alencar, hätten stattgefunden, als Lula im Nebenzimmer tagte, und dass dieser den Deal ausdrücklich gebilligt habe. Costa Neto sagte zudem, dass Lula von Bestechungszahlungen an kleinere Parteien und deren Abgeordnete gewusst habe. Als erster Parlamentsabgeordneter hatte der PL-Vorsitzende wegen des Korruptionsskandals am 1. August sein Mandat niedergelegt. Ein explosives Interview von ihm in der Zeitschrift *Época* vom 12. August setzte nun auch den Präsidenten unter Zugzwang.

Lula unter Druck

Bereits bei der Einrichtung einer ersten Untersuchungskommission musste die Führung der Arbeiterpartei eine erhebliche Niederlage einstecken und verlor bei der Bevölkerung deutlich an Ansehen. Die Einberufung einer zweiten Untersuchungskommission konnte sie nur noch gewähren lassen. Ihre Strategie des Leugnens und Verschweigens wurde durch zu viele Details, immer neue Indizien und Bestätigungen einzelner Korruptionsvorwürfe aus den eigenen Reihen durchkreuzt. So räumten beispielsweise der Minister für die Politische Koordination, Aldo Rebelo, und der Führer der Regierungsparteien im Senat, Aloizo Mercadante (PT) ein, von Jeffersons Bedenken gegenüber Lula gewusst zu haben. Erklärungen von Seiten des PT-Abgeordneten und vormaligen Kommunikationsministers, Miro Teixeira, bestätigten die Monatszahlungen. Die Arbeiterpartei drohte auseinander zu brechen, bis die internen Streitigkeiten im August von der wichtigsten Frage, der Verstrickung von Lula in den Skandal, überschattet wurden.

Als Reaktion auf die Anschuldigungen Costa Netos wandte sich Präsident Lula noch am Abend des 12. August mit einer Ansprache an sein neues Kabinett, das er zu einem Drittel umgestellt hatte. Der sonst so aktive Lula hatte über fast drei Monate hinweg versucht, die Affäre einfach auszusitzen, und sich darauf beschränkt, sein „reines Gewissen“ zu betonen. In seinem vom Fernsehen übertragenen Auftritt enttäuschte er dann wieder. „Ich sage mit aller Aufrichtigkeit, dass ich mich verraten fühle. Verraten wegen der inakzeptablen

Praktiken, von denen ich nie Kenntnis hatte. Ich bin empört über die Enthüllungen, die jeden Tag bekannt werden und die das Land schockieren. Der PT wurde ausdrücklich gegründet, um die Ethik in der Politik zu stärken“, so Lula, der alle Schuld von sich wies und betonte, nicht in die Vorgänge eingeweiht gewesen zu sein. Er bat um Vergebung für die skandalösen Vorgänge, indem er bekannte: „Der PT muss sich entschuldigen, die Regierung muss sich für ihre Fehler entschuldigen“, jedoch hielt er an seiner Strategie fest, sich selbst als Opfer darzustellen. Zu den Vorwürfen, das Versagen seiner Mannschaft nicht früh genug erkannt und erst zu spät die nötigen Konsequenzen gezogen zu haben, äußerte er sich nicht. Er verwies auf die Aufgabe der Justiz, die Schuldigen zu bestrafen, und hob hervor, nicht befugt zu sein, die „Verräter“ zur Rechenschaft zu ziehen.

Reaktionen

Nicht zuletzt damit enttäuschte der Präsident ein weiteres Mal. Die wichtigsten Zeitungen des Landes nannten die Rede „schwach“ und „kraftlos“. Lulas Vorgänger Fernando Henrique Cardoso äußerte, dieser habe zur Aufklärung der Vorgänge noch immer nichts beigetragen: „Wer ihn verraten hat, worin der Verrat bestand und wie man ihn verraten hat, sei weiterhin unklar“. Der Altpräsident empfahl zwar, kein Feuer in der Pulverkammer zu legen und eine Staatskrise zu vermeiden, die kleinere Oppositionspartei *Partido da Frente Liberal* (PFL) dagegen zeigte sich nicht so zurückhaltend. Sie erwägt ein Misstrauensvotum und ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einzuleiten, sollte er schon seit längerem von der Existenz der Schmiergeldzahlungen an die Abgeordneten gewusst haben. Mitglieder des Obersten Gerichtshofes bestätigten diese Möglichkeit.

Bislang jedoch konnte Präsident Lula nichts nachgewiesen werden. Sein ehemaliger Mitstreiter und Kabinettschef José Dirceu bestreitet vehement in ein Korruptionsnetzwerk involviert gewesen zu sein. Ihm wird auch nachgesagt, dass er Präsident Lula in seiner Ansicht bestätigt, nichts von anderen Parteien Abweichendes getan zu haben und nur ein Opfer der „Eliten“ zu sein. Der ehemalige Generalsekretär der Arbeiterpartei (PT), Silvio Pereira, weist den Vorwurf ebenfalls zurück, in das System der „Monatslöhne“ verwickelt gewesen zu sein. Er gibt lediglich zu, mit Valério die Wahlkämpfe 2004 besprochen zu haben. José Genoíno, der ehemalige PT-Vorsitzende, streitet die Abgeordnetenbestechung

ebenfalls ab, und Ex-Schatzmeister Delúbio Soares nimmt alle Verantwortung auf sich. Seine Kollegen versucht er zu entlasten.

Bisher schließt Lula einen Rücktritt aus. Sein Zögern bei der Aufklärung der Korruptionsaffären, sich verdichtende Hinweise zumindest einer Tolerierung der illegalen Praktiken in seiner Partei und enttäuschte Hoffnungen lassen ihn in den Umfragen stetig an Zustimmung verlieren. Die Chancen auf eine Wiederwahl nehmen ab. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Datafolha* vom 10. August zufolge würde er in einem zweiten Wahlgang seinem Konkurrenten José Serra (PSDB), dem größten Konkurrenten bei den Wahlen 2002 und derzeitigen Bürgermeister von São Paulo, unterliegen. Dies sind zwar reine Simulationen, Lula erscheint dennoch kraft- und orientierungslos. Seine Partei ist verschuldet, die PT hat nicht nur Schulden aufgenommen, um vergangene Wahlkämpfe zu bestreiten, auch das damit finanzierte Netzwerk ist zusammengebrochen. Immerhin wird von einer Gesamtsumme der illegalen und veruntreuten Mittel in Höhe von 100 Mio. € spekuliert. Zudem muss die Partei damit rechnen, keine zusätzlichen Gelder aus den staatlichen Parteienfonds zu erhalten, ganz im Gegenteil: Eventuell muss sie sogar Gelder zurückbezahlen und mit einer Strafe rechnen.

Das Image, eine Alternative zu den alten Parteien darzustellen, hat die Präsidentenpartei verloren. Statt Geld für das „Null Hunger“-Programm aufzubringen, zeigte sie sich fähiger, Schmiergelder einzutreiben und ein kompliziertes, aber umfassendes Korruptionssystem aufzubauen. Das Versprechen, als Modell des Ausgleichs zwischen Arm und Reich zu fungieren, wird nur noch belächelt. Die Desillusionierung idealistischer PT-Wähler, die Lula gerade wegen seines Versprechens einer „neuen Ethik in der Politik“ und seiner persönlichen Lebensgeschichte gewählt hatten, wiegt schwer. Vor drei Jahren kam Lula als Hoffnungsträger der kleinen Leute in das Präsidentenamt, der ehemalige Arbeiterführer und Gewerkschaftsaktivist hatte den PT mitgegründet. Auf dem Weg zur Macht hatte Lula stets die eigene Lebensgeschichte benutzt: Er war ein Junge aus armen Verhältnissen, ein Arbeiter, ein bodenständiger Humanist. Der brasilianische Präsident wurde weltweit zum Symbol für Aufstieg und soziale Gerechtigkeit, weil er für die Hoffnung jener stand, deren Leben von Niederlagen gezeichnet war. Seine außergewöhnliche Biografie und sein Charisma wurden ihm beim vierten Versuch, das Präsidentenamt zu erobern, hoch angerechnet. Er versprach, die Probleme, die er selber erlebt hatte, als Staatspräsident

in Angriff zu nehmen. Durch seinen Umgang mit der aktuellen Krise aber hat er viel an Integrität und Vertrauen eingebüßt – die Aufbruchstimmung ist vorüber.

Der Kardinal-Erzbischof Cláudio Hummes aus São Paulo riet bereits, nach einem anderen Kandidaten für die Wahl im Oktober kommenden Jahres Ausschau zu halten. Die Hoffnung auf dringend nötige politische Reformen, die vor allem der Korruption einen Riegel vorschieben, hat er verloren. Kardinal Geraldo Majella Agnello, der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Brasiliens, forderte den Staatschef noch einmal auf, „die wirkliche Situation des Landes und der politischen Krise zu erklären“.

Die Gewerkschaften halten jedoch weiter an ihrem ehemaligen Mitglied Lula fest. Bei einer Demonstration in der Hauptstadt Brasília am 16. August kamen zwar 10.000 Studenten und junge Arbeiter zusammen, um gegen die Korruptionspraktiken der Regierung zu protestieren, den Präsidenten nahmen sie jedoch demonstrativ in Schutz. „Lula abzusetzen“, sagte der Gewerkschaftsführer João Felício, „habe niemand vor, das gehe nur gegen den Widerstand der Sozialbewegungen, der Studenten und ‚des Volkes‘“.

Die Lage des PT

Neben dem Präsidenten bat auch die Arbeiterpartei in einer Erklärung um „Verzeihung“ für die Affäre. Der Schaden, den sie durch die Korruptionsvorfälle und die schleppende Aufarbeitung genommen hat, ist immens. Sie war die einzige Partei Brasiliens mit einer breiten, demokratisch organisierten Massenbasis. Nun muss sie sich neu ausrichten. Den Anfang machte der Austausch der Leitung, nun geht es darum, die Krise aufzuarbeiten und die Fortsetzung der Regierungsarbeit zu gewährleisten. Der neue Parteichef Tarso Genro hat bereits begonnen, durch behutsame Reformen eine neue Einheit zu schaffen. Doch auch ihm wird während seiner Zeit als Gouverneurskandidat der Arbeiterpartei in Rio Grande do Sul Korruption oder zumindest Mitwisserschaft vorgeworfen. Zudem fordert ihn José Dirceu durch seinen verdeckten Führungsanspruch weiterhin heraus und erhöht die Spaltungstendenzen in der Partei damit noch. 26 Parlamentarier, die sich als „freie PT“ bezeichnen, fühlen sich nicht mehr an die Anweisungen der Fraktionsspitze gebunden, derzeit hält die Regierungspartei nur noch 90 der 513 Parlamentssitze.

Zu einer umfassenden Aufarbeitung der Ursachen der Krise ist es bisher nicht gekommen, und die Chancen stehen schlecht. Notwendig ist eine

Reform des Wahlsystems, das die Position des einzelnen Abgeordneten zu Lasten der Parteien stärkt. Es gibt in Brasilien keine geschlossenen Listen und keine auf den einzelnen Kandidaten ausgerichteten Wahlkreise. Die Persönlichkeitswahl in allen Ecken der teilweise riesigen Bundesstaaten und im teuren Fernsehen und Rundfunk veranlasst die Kandidaten zu hohen Aufwendungen. Sie verpflichten sich gegenüber unterstützenden Unternehmen und Interessengruppen, verschulden sich und verschweigen häufig Teile ihrer Wahlkampffinanzierung. Die neuen Skandale in der Arbeiterpartei bestätigen dies nur. Allerdings konnten bis jetzt keine umfassenden Reformen durchgesetzt werden, am 18. August wurde im Senat einzig eine zeitliche Verkürzung des Wahlkampfes und eine Senkung der Wahlkampfkosten beschlossen. Eine wirkliche Lösung stellt das Minimalkonzept noch nicht dar und muss auch noch von weiteren politischen Instanzen bestätigt und durchgesetzt werden.

Reformstau

Durch die Korruptionspraktiken sind nicht nur dringend benötigte Reformen verhindert worden, die Regierung ist geschwächt, die Aufmerksamkeit, die die derzeitigen Untersuchungen auf sich ziehen, blockiert weitere notwendige Reformschritte. Lulas neue Minister müssen sich erst einmal einarbeiten und sehen doch einer ungewissen Zukunft entgegen. Die parlamentarische Basis für Abstimmungen ist schwach, gegen 18 Abgeordnete laufen Amtsenthebungsverfahren. Vor allem für Reformen in den Bereichen Justiz, Steuern, Arbeitsmarkt fehlt es derzeit an Kraft. Projekte, wie die Überführung der weit verbreiteten informellen Wirtschaft in legale Verhältnisse, setzen ein besseres Funktionieren von Staat und Wirtschaft voraus, die beide derzeit nicht mehr glaubwürdig erscheinen. Die Erfüllung der Wahlversprechen lässt ebenso auf sich warten wie die Lösung der Strukturprobleme des Landes. Allein die Drohung, ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten, reicht aus, um Lulas Regierung zu paralysieren.

Die Finanzmärkte reagieren nervös, wenn Lula sich als Opfer der Eliten darstellt und auf populistische Parolen zurückgreift. Sie fürchten durch den drohenden Machtverlust eine Radikalisierung des PT-Kurses. Die Bewegung der Landlosen, die Gewerkschaften und die verstreuten Reste der Linken zu mobilisieren, könnte den Gleichklang von Wirtschaft und Politik zerstören. Die Tage nach Lulas Entschuldigungsrede zeigen jedoch eine neue Gangart. In Luizânia hat er den natio-

nalen Kongress der Landwirtschaftlichen Kooperativen eröffnet; in seiner politischen Heimat São Bernardo do Campo im Bundesstaat São Paulo trat er vor Metallarbeitern auf, in Garanhuns im nördlichen Bundesstaat Pernambuco gab er den Startschuss für ein Familien-Landwirtschafts-Programm und in Floriano (Piauí) weihte er eine staatliche Biotreibstoff-Fabrik für Kleinbauern ein. Die so genannten Eliten ließ der Arbeiterpräsident bei einem Auftritt vor Fabrikarbeitern wissen, dass sie es nicht schaffen werden, dass er sein erhobenes Haupt senke. Er machte sie für ein Amtsenthebungsverfahren und einen möglichen Rücktritt verantwortlich.

Dass die Auswirkungen auf die Börse noch gering sind, liegt an der guten Bilanz Lulas. Das Wachstum wird in diesem und im kommenden Jahr bei jeweils mehr als 3% liegen. Die Inflation sinkt, der Außenhandel erzielt den größten Überschuss seit den 60er Jahren, der Staatshaushalt ist seit sieben Jahren ausgeglichen. Der Markt registriert jedoch langsam, dass dieser Skandal Brasiliens Stabilität gefährden kann.

Am 19. August brachten Korruptionsvorwürfe den Finanzminister Antonio Palocci kurzzeitig ins Wanken. Sein früherer Mitarbeiter Rogério

Tadeu Buratti beschuldigte ihn, während seiner Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Ribeirão Preto im Bundesstaat São Paulo von 1993 bis 1996 Bestechungsgelder in Höhe von 15 Mio. € von einem Müllunternehmen angenommen und diese der Arbeiterpartei zugeführt zu haben. Der Minister wies diese Vorwürfe jedoch umfassend und schlagkräftig zurück und bot dem Präsidenten an, sein Amt während weiterer Untersuchungen ruhen zu lassen. Lula lehnte dies jedoch ab, und die Vorwürfe verhallten schnell. Der brasilianische Real jedoch verzeichnete während der Beschuldigungen gegen den eisernen Finanzminister den größten Tagesverlust seit Oktober 2002, und auch bei Aktien und Anleihen gingen die Kurse auf Talfahrt. Am 23. August sackte der Real gegenüber dem Dollar um 3,8% auf 2,487 Réais je Dollar ab, für den Benchmarkindex Bovespa ging es um 3,4% auf 24.530,79 Punkte abwärts. Altpräsident Fernando Henrique Cardoso fürchtet bei einem Rücktritt oder Amtsenthebungsverfahren seines Nachfolgers wirtschaftliche Turbulenzen. „Mit Lula ist es schlimm, ohne ihn wäre es jetzt noch schlimmer“, schrieb die konservative Tageszeitung *O Estado de São Paulo* in einem Kommentar.

Autorennotiz:

Jérôme Cholet studiert Politische Wissenschaft, Geschichte und Lateinamerikanistik an der Universität Hamburg. Zurzeit arbeitet er als Hospitant im Südamerika-Studio des Zweiten Deutschen Fernsehens in Rio de Janeiro.

E-Mail: jcholet@web.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Nina Grabe und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>